

Tagesanzeiger



Donnerstag,
4. April 2024

132. Jahrgang Nr. 78
Fr. 4.60
AZ 8021 Zürich

Monarchie im Netz

Lange hat sie sich geziert, doch jetzt ist die japanische Kaiserfamilie auf Instagram.

10

Fussball-Funfacts

Wussten Sie, dass Zinédine Zidane nie im Abseits stand? Und was der Türkei an der Euro 2008 gelang?

36



Der Nächste, bitte!

Heidi Klum bewertet in der neuen Folge von «Germany's Next Topmodel» auch Männer.

19

Wissenschaft oder Aktivismus?

Der Nahostkonflikt stellt die Schweizer Universitäten vor eine Zerreissprobe.

Seite 3

Gefühlte Inflation

Die Jahreststeuerung sei tief, sagt der Bund. Doch viele erleben es anders.

Seite 6

Nachdenken über König Alkohol

Der Soziologe Ueli Mäder hat ein Buch über seinen trinksüchtigen Bruder geschrieben.

Seite 20

Das macht Zürich für die Frauen-EM

Die Euro 2025 soll mehr Mädchen für den Fussball begeistern.

Seite 25

Interview

«Wir leben in einem Zoo – mit einem Dschungel um uns herum, der bedrohlich näher rückt.»

Stefanie Babst

Die ehemalige Nato-Strategin zur Lage des 75 Jahre alten Verteidigungsbündnisses. Seite 8, 9



Mit 60 Jahren wird er noch Lehrling bei den VBZ

Trampilot Die Zürcher Verkehrsbetriebe sprechen auf der Suche nach Personal speziell die Generation Ü-50 an. Informatiker Beat W. will den Quereinstieg wagen. «Ich wollte endlich etwas machen, das mir Freude bereitet», sagt der 60-Jährige. Die jüngsten Unfälle gehen ihm allerdings nah. Seite 21 Foto: Boris Müller

Statt Banken haben die USA jetzt Schweizer Rohstoffhandel im Visier

Korruption Schweizer Firmen zahlten jüngst Hunderte Millionen Dollar Strafen für Verfahren vor der US-Justiz.

Jorgos Brouzos

Strafzahlungen bei Korruptionsverfahren im Rohstoffhandel haben der US-Staatskasse in den vergangenen Monaten 1,7 Milliarden Dollar eingebracht. Besonders betroffen davon: die Schweizer Rohstoffkonzerne Vitol, Gunvor und Glencore sowie der Singapurische Konzern Trafigura, der in Genf eine wichtige Niederlassung betreibt. Die Firmen haben Strafen über Hunderte Millionen Dollar bezahlt. Der Grund dafür: Sie haben laut der US-Justiz Bestechungsgelder gezahlt, um Geschäfte mit staatlichen Ölgesellschaften in Lateinamerika und Afrika einzugehen.

Gemäss dem Schaffhauser SVP-Ständerat Hannes Germann wiederholt sich nun das gleiche

Muster wie bei den Banken, die von den USA im Steuerstreit mit Milliardenbussen in die Knie gezwungen wurden. Auch für Simone Nadelhofer, Expertin für internationale Strafverfahren, ist es kein Zufall, dass die USA so verfahren. Aber aus einem anderen Grund: «Das US-Justizministerium hat sich bei der Korruptionsbekämpfung einen Schwerpunkt gesetzt. Dass der Rohstoffhandel dabei eine grosse Rolle spielt, ist einleuchtend.»

Alfred Mettler, langjähriger Wirtschaftsprofessor in den USA, sagt: «Die US-Behörden suchen sich ihre Ziele gut aus. Sie schauen auch darauf, ob es sich lohnt oder nicht.» Die Rohstoffhändler seien lukrative Ziele.

Kommentar Seite 2
Bericht Seite 7

«Wir haben eine strategische Differenz zu Beat»

SP-Spitze Matteo Meyer und Cédric Wermuth, die zusammen die SP Schweiz leiten, nehmen im TA-Doppelinterview Stellung zur finanziellen Machbarkeit ihrer Vorschläge. Sie erläutern, wie sich die Einstellungen zu ihren Ideen verändert haben – und verteidigen ihre Kritik an ihrem eigenen Bundesrat. In einem Podcast hatten sich Meyer und Wermuth mit Beat Jans' Vorgehen nicht einverstanden erklärt. Härte von links gegen Migranten zu zeigen, sei keine überzeugende Strategie. (red) Seite 5

Widerstand gegen Saudi Arabiens Tennispläne

Turniere Nach Investitionen im Fussball und im Golf will Saudi Arabien auch im Tennis seinen Einfluss vergrössern und die Masters-Turniere der Männer und Frauen vereinen. Zwei Milliarden Dollar sollen dafür eingesetzt werden. Dagegen wehren sich nun die mächtigen Grand-Slam-Turniere. Sie wollen einen anderen Weg gehen und eine «Premium Tour» einführen, bestehend aus ihren Turnieren, zehn Masters-Events, einem Team-Event und einem Jahresendturnier der Männer und Frauen. (red) Seite 37



Megabussen für Schweizer Rohstoffhändler

Brisantes US-Verfahren Glencore, Trafigura, Vitol und Gunvor müssen in Amerika wegen Bestechung Bussen zahlen. Das könnte auf die Schweiz zurückfallen. So wie bei den Banken.

Jorgos Brouzos

Das US-Justizministerium zeigte sich vor wenigen Tagen besonders stolz. Der Grund waren erfolgreiche Ermittlungen gegen mehrere internationale Rohstoffhandelsfirmen. Diese haben zugegeben, Bestechungsgelder gezahlt zu haben, um Geschäfte mit staatlichen Ölgesellschaften in Lateinamerika und Afrika zu machen.

Zwanzig Einzelpersonen wurden deswegen in den vergangenen Jahren verurteilt. Die Behörde sprach Geldstrafen von über mehr als 1,7 Milliarden Dollar aus.

Gezeichnet wurde die Mitteilung von Nicole Argentieri. Die ehemalige Mafijägerin in New York ist beim US-Justizministerium für die besonders wichtigen Fälle zuständig. Sie zählt in der Jubelmeldung sechs wichtige Fälle auf. Vier davon weisen einen engen Bezug zur Schweiz auf.

Betroffen sind der Zuger Rohstoffkonzern Glencore sowie die beiden Genfer Ölhändler Vitol und Gunvor. Und vor wenigen Tagen kam der Rohstoffhändler Trafigura dazu, der seinen Sitz in Singapur hat, aber über Genf wichtige Teile seines Geschäfts abwickelt.

Schuldsspruch gegen Vitol sorgte für Aufsehen

Trafigura war auch der Anlass für die Mitteilung der US-Justiz: Die Firma bekannte sich wegen Bestechung von Regierungsbeamten in Brasilien für schuldig. Sie zahlt dafür eine Strafe von über 127 Millionen Dollar. «Mehr als ein Jahrzehnt lang hat Trafigura brasilianische Beamte bestochen, um illegal Geschäfte zu machen und Gewinne in Höhe von 61 Millionen Dollar zu erzielen», so Nicole Argentieri.

Die Vorfälle liegen schon etwas länger zurück, die Schmiergeldzahlungen erfolgten zwischen 2003 und 2014. Jeremy Weir, Geschäftsführer von Trafigura, sagte dazu: «Diese Vorfälle, zu denen es in der Vergangenheit gekommen ist, spiegeln weder die Werte von Trafigura noch das Verhalten wider, das wir von allen unseren Mitarbeitenden erwarten.» Sie seien aufgrund der langjährigen Bemühungen, eine Kultur des verantwortungsvollen Handelns zu verankern, besonders enttäuschend.

Für viel Aufsehen sorgte in den US-Medien Ende Februar der Schuldsspruch gegen einen ehema-



Der ecuadorianische Aktivist Donald Moncayo Jimenez steht im Januar neben Gasfackeln in einer Raffinerie in Shushufindi in Ecuador. Foto: AFP

ligen Mitarbeiter des Genfer Ölhändlers Vitol. Er arbeitete zwischen 2015 und 2020 für das Büro der Schweizer Firma im texanischen Houston und soll Hunderttausende Dollar Schmiergelder an Regierungsbeamte in Mexiko und Ecuador gezahlt haben, um lukrative Verträge mit den dortigen Staatsbetrieben abzuschliessen.

Die Händler sind ein lukratives Ziel

Für Simone Nadelhofer, Partnerin bei der Anwaltskanzlei Lalive und Expertin für internationale Strafverfahren, ist es kein Zufall, dass die USA gegen die Schweizer Roh-

stoffhändler ermitteln. «Das US-Justizministerium hat sich bei der Korruptionsbekämpfung einen Schwerpunkt gesetzt. Dass der Rohstoffhandel dabei eine grosse Rolle spielt, ist einleuchtend.»

Dieser Handel findet oft in Hochrisikoländern statt. Die Lizenzen für Rohstoffvorkommen oder Minen werden dort in der Regel von Staatsbehörden vergeben, deren Beamte oftmals anfällig für Korruption sind. Klar ist auch, dass die USA dabei lieber gegen ausländische Firmen ermitteln, die in gewinnbringenden Geschäftsfeldern tätig sind, damit die Verfahren Geld für die

Staatskasse einbringen, wie Simone Nadelhofer sagt.

Das Geschäft ist weiterhin lukrativ – trotz der Strafzahlungen. Der Genfer Ölhändler Gunvor hat am Mittwoch einen Gewinn von 1,25 Milliarden Dollar für das vergangene Geschäftsjahr und damit das zweitbeste Ergebnis der Firmengeschichte ausgewiesen. Das Ergebnis hätte noch besser ausfallen können: Die im März erfolgte Einigung von Gunvor mit der US-Justiz in einem Bestechungsfall kostet die Firma eine Strafe von über 661 Millionen Dollar.

Oliver Classen von der Nichtregierungsorganisation Public Eye

begrüsst den harten Kurs der US-Behörden. Er sagt: «Problematisch ist aber, dass die Erträge aus den Rohstoffen als Steuern in der Schweiz oder als Bussen in den USA landen, nicht aber dort, wo sie gefördert wurden und besonders gebraucht würden.»

Fällt das nicht doch auf die Schweiz zurück, so wie damals bei den Banken? Der Steuerstreit mit den USA belastete das Verhältnis der Schweiz mit ihnen jahrelang. Die Schweizer Banken bezahlten insgesamt mehr als 6 Milliarden Franken an Bussen. Das sorgt noch heute dafür, dass viele Finanzinstitute sich, wenn

überhaupt, vorsichtig im US-Markt bewegen.

Hannes Germann, SVP-Ständerat aus Schaffhausen, sagt: «Das ist eine Erpressungsübung der USA, die nach einem bekannten Schema abläuft.» Es sei schon beim Gold so gewesen, dann bei den Banken, jetzt komme der Rohstoffhandel dran. «Wir sollten die Methode langsam durchschauen», sagt Germann. Es gehe den USA wohl auch darum, den Marktanteil der Schweiz streitig zu machen und so die Schweiz zu schwächen.

Allerdings stammen von den sechs bestraften Rohstofffirmen zwei aus den USA. Freepoint Commodities und Sargeant Marine haben sich der Bestechung von Regierungsbeamten für schuldig bekannt.

«Schweizer Rohstofffirmen sollen sich an Regeln halten»

Der Genfer SP-Ständerat Carlo Sommaruga sieht ebenfalls Parallelen, allerdings andere. Er sagt: «Wie bei den Banken wollen die USA nur, dass sich die Schweizer Rohstofffirmen an die Regeln halten.» Aber es erzeuge Druck auf die Schweiz, ihre juristische Arbeit zur Bekämpfung von Korruption zu leisten. Es zeige sich oft, dass die Rohstofffirmen mit Sitz in der Schweiz von den Strafverfolgungsbehörden nicht allzu sehr behelligt würden.

Für den Schweizer Wirtschaftsprofessor Alfred Mettler, der viele Jahre in den USA lehrte und heute am Swiss Finance Institute tätig ist, unterscheiden sich die Verfahren der USA gegen die Rohstoffhändler von jenen gegen die Banken, als diese US-Bürgern dabei geholfen haben, ihre Vermögen zu verstecken. «Rohstoffhändler sind eine andere Spezies als Schweizer Banken. Das sind zwar Schweizer Firmen, aber sie werden nicht unbedingt als solche wahrgenommen.»

Offen ist, ob die USA ihren Feldzug gegen die Korruption im Rohstoffhandel fortsetzen, sollte im Herbst Joe Biden die Wahl verlieren und Donald Trump wieder US-Präsident werden. Alfred Mettler glaubt nicht, dass es für das Vorgehen der US-Regierung eine Rolle spielt, ob der US-Präsident Biden oder Trump heisst. Denn wenn es um Bestechung oder die Umgehung von Sanktionen gehe, dann spiele die Regierung in den USA keine Rolle, so Mettler.

Swiss Life wirbt mit Mona Vetsch – ohne sie zu fragen

Promi-Werbung Auf Instagram hat das Unternehmen unerlaubte Werbung mit der SRF-Journalistin geschaltet. Solche Vorfälle mehren sich.

Alle mögen Mona Vetsch. Besonders begeistert von der SRF-Moderatorin war Swiss Life: Der Lebensversicherer mit Hauptsitz in Zürich machte auf Instagram Werbung mit der Journalistin.

Auf einem Foto war Mona Vetsch mit einer Finanzberaterin der früheren Rentenanstalt zu sehen. Oben im Eck war der Beitrag ganz klar markiert: «Anzeige», hiess es da. Wer auf den Instagram-Link der Werbung klickte («Mehr dazu»), gelangte auf eine Website von Swiss Life, wo die Finanzberaterin über «ihre Leidenschaft für Sparpläne, Ren-

diten und die Altersvorsorge» sprach. Und wo auch ihr Auftritt in «Mona mittendrin» wiederholt ein Thema war. Geführt wurde dieses Interview von einer «Content Creatorin».

Sehr ernst, also professionell

Drei Tage lang sei die Swiss-Life-Mitarbeiterin von der «beliebtesten SRF-Moderatorin» für deren Sendung «Mona mittendrin» begleitet worden, hiess es da. Dazu gab es noch mehr Fotos von Mona Vetsch und der Finanzberaterin: wie sie zusammen mit Vetsch für ein Selfie in die Kame-



Unerlaubte Werbung von Swiss Life mit SRF-Moderatorin Mona Vetsch (r.). Foto: Instagram (Screenshot)

ras lacht, wie sie mit einer dritten Person sehr ernst, also professionell, dreinschaut.

Nur gibt es ein Problem: SRF-Moderatorinnen dürfen keine Werbung machen. Hat sich Mona Vetsch über die Richtlinien hinweggesetzt? Nein. Swiss Life hatte die Fotos verwendet, ohne Vetsch oder SRF zu fragen.

«Aus Reputationsgründen»

Die Unabhängigkeit gehöre zu den zentralen Werten journalistischer Arbeit. Daher erlaube SRF «grundsätzlich keine Nutzung seiner Inhalte für politische oder

kommerzielle Werbung», schreibt die Medienstelle des SRF.

Bei einer unautorisierten Verwendung von SRF-Material werde «aus Reputationsgründen interveniert». Im konkreten Fall hätte «weder SRF noch Mona Vetsch in die Verwendung eingewilligt».

Swiss Life bestätigt, dass sie keine Bewilligung für die Nutzung des Fotomaterials mit Mona Vetsch hatte, «was nicht unseren internen Vorgaben und Standards entspricht». Das Versäumnis tue dem Finanzunternehmen leid, «und wir entschuldigen uns dafür». Die entsprechenden Bil-

der seien von der Swiss-Life-Website entfernt worden. Ebenso werde es keine Social-Media-Hinweise mehr geben.

Das Fehlverhalten von Swiss Life trifft SRF in einem empfindlichen Moment: Seit mehreren Monaten werden SRF-Moderatorinnen in den sozialen Medien und auf Youtube wiederholt für Fake-Werbungen genutzt, sehr zum Leid und Schaden der betroffenen SRF-Moderatorinnen und -Moderatoren sowie deren Glaubwürdigkeit.

Andreas Tobler